

Gemeindeversammlung vom 29. Januar 2025

Stellungnahme der FDP zum vorgelegten Budget 2025

1. Das neue Budget 2025 ist natürlich überhaupt nicht das was die FDP erwartet hatte. Durch die Ablehnung des 1. Budgets durch immerhin über 60 % der Buchser erwartete die Partei, dass echte Kürzungen mit sofortiger Wirkung vorgenommen werden, die zu einer merklichen Reduktion der Ausgaben führen würden. Auch wurde erwartet, dass die vorgenommenen Kürzungen aufgezeigt werden. Hätte der Gemeinderat solche Kürzungen aufgezeigt, hätte die Partei sogar einer moderaten Steuererhöhung zustimmen können. Mit dem neuen Budget werden die Probleme nur auf die nächsten Jahre hinausgeschoben, mit der Befürchtung, dass schon bald der Kanton unser Budget diktieren wird. Dies sollte aber unbedingt verhindert werden. Das kann nur mit namhaften Kürzungen der Ausgaben gelingen.
2. Der Gemeinderat erwartet wohl von der FDP konkrete Vorschläge für Ausgabenkürzungen. Das ist für unsere Partei nicht möglich, weil wir keine Einsicht in die detaillierten Ein- und Ausgaben haben. Es ist sowieso nicht Aufgabe einer Partei solche Vorschläge zu machen. Der Bürger darf erwarten, dass der Gemeinderat ihm konkrete Kürzungsvorschläge macht, die der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden.
3. Der Gemeinderat will einen neuen Finanzplan erstellen und diesen im Sommer 2025 vorlegen. Damit ist die FDP einverstanden. In diesem sind aber unbedingt die mittelfristigen und langfristigen Kürzungen der Ausgaben zu berücksichtigen.
4. Ausgaben stehen in direktem Zusammenhang mit den Investitionen, die in den letzten Jahren regelrecht explodiert sind und für die heutige schlechte Finanzlage mitverantwortlich sind. Investitionen lösen bekanntlich immer neue Folgeinvestitionen und Folgekosten aus. Damit sind nicht nur Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten, sondern auch zwingende Ergänzungsinvestitionen gemeint. Nicht nur die dafür aufzuwendenden Kosten sind möglichst genau schon im Voraus zu bestimmen, sondern auch deren kurzfristige und langfristige Finanzierung. Deshalb verlangt die FDP einen sofortigen Investitionsstopp für alle neue Vorhaben, die nicht bereits genehmigt worden sind. Das gilt insbesondere auch für die Bahnhofüberbauung Bahnhof West, die allein eine neue Sammelstrasse vorsieht, die Investitionskosten von 10-15 Mio. auslösen wird.